**Folgende Behörden haben darauf hingewiesen,
dass ihrerseits keine Bedenken oder Anregungen gegen die Planung bestehen:**

Handwerkskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim, mit Schreiben vom 29.09.2023

Gemeinde Wietmarschen, mit Schreiben vom 29.09.2023

Gemeinde Twist, mit Schreiben vom 19.09.2023

Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems, mit Schreiben vom 14.09.2023

Stadt Meppen, mit Schreiben vom 28.09.2023

Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH, mit Schreiben vom 29.09.2023

Niedersächsische Landesforsten, Forstamt Ankum, mit Schreiben vom 08.09.2023

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Emden, mit Schreiben vom 11.10.2023

Landkreis Emsland, mit Schreiben vom 09.10.2023

Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:

Naturschutz und Forsten

Arten:

Eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) wurde durchgeführt und mit den Planungsunterlagen vorgelegt (Dipl. Biologe Christian Wecke, Westerstede, 2022).

Nach dem Ergebnis der saP ist eine Betroffenheit von Arten wie Feldlerche und Kiebitz nach § 19 bzw. § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) durch o.g. Vorhaben zu erwarten. Zu betrachten ist hier das komplette Untersuchungsgebiet.

Für alle besonders geschützten (§ 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG) und streng geschützten (§ 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG) Arten sind in der Planung Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Beeinträchtigungen bzw. Störungen oder Schädigungen sowie Schutzmaßnahmen im Untersuchungsgebiet vorgesehen.

Es kommt zu erheblichen Störungen für wildlebende Tiere der streng geschützten Arten bzw. der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeiten.

Gemäß § 44 BNatSchG sind vorgezogene (funktionale) Ausgleichsmaßnahmen (Continuous Ecological Functionality-measures = CEF-Maßnahme) zur dauerhaften Sicherung der ökologischen Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten für die Feldlerche (ein Paar) und die Kiebitze (drei Paare) im räumlichen Zusammenhang erforderlich. Maßnahmen wurden bisher nicht benannt.

Der Kiebitz wurde jeweils als Brutzeitfeststellung erfasst. Das bedeutet, dass den Beobachtungen nach Südbeck (2005) methodisch kein Brutstatus „Verdacht“ oder „Nachweis“ zugeordnet werden konnte. Eine Kompensation für den Verlust von Lebens- und Vermehrungsstätten, um das Einschlägigwerden von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG zu verhindern, ist dann angezeigt, wenn es sich um ein Bruthabitat der Art oder eine essentielle Nahrungs- oder Raststätte (Brutstatus „Verdacht“ oder „Nachweis“) handelt. Dabei muss nicht zwingend eine Populationsrelevanz gegeben sein. Bei Einzelbeobachtungen der Art ohne brutverdächtiges Verhalten oder wertgebende Zahlen rastender Individuen besteht die Notwendigkeit einer CEF-Maßnahme nicht.

Die Feldlerche wurde außerhalb der Vorhabenfläche in etwa 40 m Entfernung erfasst.

Nördlich verläuft in geringer Entfernung die Kreisstraße 233. Nördlich der Kreisstraße befindet sich eine landwirtschaftliche Hofstelle. Die Vorbelastung durch Immissionen durch Straßenverkehr und Hofstelle lassen eine Gewöhnung und Toleranz der Art an dem Brutplatz erwarten. Zwischen der Vorhabenfläche und dem Brutrevier der Feldlerche verläuft zudem eine dichte Baumhecke. Die Abschirmung durch das Gehölz sorgt für eine Verringerung von Störwirkungen durch das

Straßenbau

Das Plangebiet befindet sich an freier Strecke an der Kreisstraße 233 in Dalum von km 1,520 bis km 2,400 - Südseite. Die Erschließung zur Kreisstraße erfolgt ausschließlich über die Gemeindestraße „Elwerathstraße/An der Moorbeeke“.

Gegen die o.g. Bauleitplanung gemäß Zeichnung und Beschreibung bestehen aus straßen- und verkehrsrechtlicher Sicht keine Bedenken, wenn Folgendes beachtet wird:

- Die freizuhalten 20 m-Bauverbotszone ist im Flächennutzungsplan zu berücksichtigen.
- Es dürfen keine direkten Erschließungen zur K 233 hergestellt werden. Dies gilt auch für die Bauzeit
- Es ist sicherzustellen, dass von der Gesamtanlage keine Einwirkungen durch Licht, Rauch und Sonstiges auf die Kreisstraße eintreten, welche die Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs beeinträchtigen können.

Planvorhaben. Ein von Bebauung freizuhalten Puffer von 10 m zwischen Bauvorhaben und Grenze der Vorhabenfläche ist eine der Fluchtdistanz und Störanfälligkeit der Art entsprechende Vermeidungsmaßnahme nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 und 3 (Störung und Lebensstättenverlust durch Störung). Eine entsprechende Fläche wird im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung festgesetzt. Eine CEF-Maßnahme ist daher nicht erforderlich.

Es ist richtig, dass das Plangebiet über die Gemeindestraße „An der Moorbeeke“ erschlossen werden soll. Für die südöstliche Teilfläche ist auch eine Erschließung von Osten über die Elwerathstraße denkbar.

Die Darstellung der 20 m-Bauverbotszone gemäß § 24 Abs. 1 NStrG ist im Hinblick auf eine spätere Übernahme der Änderung in den Flächennutzungsplan der Gemeinde nicht sinnvoll. In die Planzeichnung wird jedoch ein Hinweis aufgenommen, dass entlang der Kreisstraße 233 die 20 m-Bauverbotszone gemäß § 24 Abs. 1 NStrG zu beachten ist.

Die Kreisstraße 233 wird nicht zur Erschließung der geplanten Gewerbeflächen herangezogen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

- Von der Kreisstraße 233 können Emissionen ausgehen. Für in Kenntnis dieses Sachverhaltes errichtete bauliche Anlagen können gegenüber dem Träger der Straßenbaulast keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich des Immissionsschutzes geltend gemacht werden.

Für die vorliegende Planung wurde die zu erwartende Verkehrslärmsituation durch die K 233 bereits gutachterlich ermittelt. Nach den Berechnungen werden die maßgeblichen Orientierungswerte für ein Industrie- / Gewerbegebiet am nördlichen Rand des Plangebietes überschritten. Der Bereich ist den Lärmpegelbereichen V bzw. IV nach früheren Fassungen der DIN 4109-1 „Schallschutz im Hochbau“ (Januar 2018) zuzuordnen. Im LPB V sind für Büro- und Aufenthaltsräume erforderliche resultierende Schalldämmmaße (erf. $R'_{w,ges}$) von 40 dB und im LPB IV von 35 dB einzuhalten. Schutzwürdigere Wohnnutzungen (Betriebswohnungen) sollen im Gebiet nicht entstehen. Dies ist im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung entsprechend zu berücksichtigen.

Brandschutz

Für das Gebiet im Bereich der o.g. Bauleitplanung ist die Löschwasserversorgung so zu erstellen, dass ein Löschwasserbedarf von 1.600 l/min. (96 m³/h) vorhanden ist. Die Löschwasserversorgung ist durch abhängige Löschwasserentnahmestellen (Hydranten) und unabhängige Löschwasserentnahmestellen (z.B. Löschwasserteiche, Löschwasserzisternen, Löschwasserbrunnen) sicherzustellen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die erforderliche Löschwasserversorgung wird nach den technischen Regeln Arbeitsblatt W 405 (aufgestellt vom DVGW) in Absprache mit der zuständigen Feuerwehr und der Abteilung "Vorbeugender Brandschutz" beim Landkreis Emsland erstellt.

EWE Netz GmbH, mit Schreiben vom 11.11.2023

Vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange.

Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.

Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall Versorgungstreifen bzw. -korridore für Telekommunikationslinien, Elektrizitäts- und Gasversorgungsleitungen gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m) mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o.Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein. Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6m x 4m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden.

Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt wird oder im Schwerpunkt auf den Ein-

Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe Versorgungsanlagen der EWE NETZ GmbH befinden, welche erhalten bleiben müssen und nicht beschädigt oder anderweitig gefährdet werden dürfen. Die Hauptversorgungsleitungen liegen in der Regel im Bereich von öffentlichen Verkehrsflächen.

Soweit eine Neuherstellung oder Änderungen bzw. Anpassungen der Anlagen der EWE NETZ GmbH erforderlich werden, wird zur Kenntnis genommen, dass diese entsprechend den gesetzlichen Vorgaben und den anerkannten Regeln der Technik durchgeführt werden müssen. Im Rahmen einer Neuerschließung werden die erforderlichen Versorgungstreifen bzw. -korridore sowie notwendige Stationsstellplätze in Abstimmung mit den beteiligten Leitungsträgern eingeplant.

Die Umsetzung eines wärmetechnischen Versorgungskonzeptes ist derzeit nicht vorgesehen. Ob auf den Einsatz von fossi-

satz von fossilen Brennstoffen (z.B. durch Einsatz von Wärmepumpen o. ä.) verzichtet werden soll.

Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.

Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite:

<https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen>

Bitte schicken Sie uns ihre Anfragen ausschließlich an unser Postfach info@-netz.de und ändern zudem die Anschrift der EWE NETZ GmbH in ihrem System: Cloppenburg Straße 302, 26133 Olden-

len Brennstoffen im Plangebiet zukünftig verzichtet werden soll, bleibt der Entscheidung der Bauherren überlassen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten für Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten grundsätzlich vollständig vom Vorhabenträger zu tragen sind, es sei denn, der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine weiteren Anregungen vorgebracht werden.

Die weiteren Hinweise werden ebenfalls zur Kenntnis genommen. Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen werden frühzeitig mit den beteiligten Leitungsträgern abgestimmt.

burg. Sollte ein E-Mail Versand nicht möglich sein, nutzen Sie bitte nur diese postalische Anschrift.

Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Katja Mesch unter der folgenden Rufnummer: 0151-74493155.

Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen, mit Schreiben vom 22.09.2023

Sie haben das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln - Hannover (Dezernat 5 - Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)) als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) beteiligt. Meine Ausführungen hierzu entnehmen Sie bitte der zweiten Seite; diese Stellungnahme ergeht kostenfrei.

Sofern in meinen anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenerforschung empfohlen wird, mache ich darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind.

Eine Maßnahme der Gefahrenerforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegsflugbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Flugbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten. Die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.

Die Bearbeitungszeit für Luftbildauswertungen beträgt derzeit beim KBD ca. 22 Wochen ab Antragstellung. Da diese Zeitspanne zwischen Erteilung einer Baugenehmigung und dem Baubeginn erfahrungsgemäß nicht verfügbar ist, empfehlen wir den Kommunen eine rechtzeitige Antragstellung.

Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll, bitte ich um entsprechende schriftliche Auftragserteilung unter Verwendung des Antragsformulars und der Rahmenbedingungen, die Sie über folgenden Link abrufen können:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind und eine weitere Gefahrenerforschung (z.B. durch eine entsprechende Luftbildauswertung) kostenpflichtig möglich ist.

<http://www.lgln.niedersachsen.de/startseite/kampfmittelbeseitigung/luftbildauswertung/kampfmittelbeseitigungsdienst-niedersachsen-163427.html>

Für die Planfläche liegen dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsen die folgenden Erkenntnisse vor (siehe beigefügte Kartenunterlage)

Empfehlung: Luftbildauswertung

Fläche A

Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.

Luftbildauswertung: Es wurde keine Luftbildauswertung durchgeführt.

Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.

Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.

Belastung: Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.

Fläche B

Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.

Luftbildauswertung: Es wurde keine Luftbildauswertung durchgeführt.

Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.

Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.

Belastung: Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.

Empfehlung: kein Handlungsbedarf

Fläche C

Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden vollständig ausgewertet.

Luftbildauswertung: Nach durchgeführter Luftbildauswertung wird keine Kampfmittelbelastung vermutet.

Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.

Die Flächen A und B umfassen, den Bereich der querenden Erdgasleitungen ausgenommen (Fläche C), das gesamte übrige Plangebiet. Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Flächen A und B der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel besteht und sich ein Kampfmittelverdacht für die Fläche C nicht bestätigt hat. In die Begründung wird aufgenommen, dass bei einem Fund von Bombenblindgängern oder anderen Kampfmitteln im Boden unverzüglich der Kampfmittelbeseitigungsdienst zu benachrichtigen ist.

Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.
Belastung: Ein Kampfmittelverdacht hat sich nicht bestätigt.

Hinweise:

Die vorliegenden Luftbilder können nur auf Schäden durch Abwurfkampfmittel überprüft werden. Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Brandmunition, Minen etc.) gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder den Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Niedersachsen bei der RD Hameln-Hannover des LGLN

In der vorstehenden Empfehlung sind die Erkenntnisse aus der Zeit vor der Einführung des Kampfmittelinformationssystems Niedersachsen (KISNi), dem 11.06.2018, nicht eingeflossen, da sie nicht dem Qualitätsstand von KISNi entsprechen. Sie können natürlich trotzdem von den Kommunen in eigener Zuständigkeit berücksichtigt werden.

Bitte senden Sie uns, nach Übernahme unserer Stellungnahme, zur Arbeitserleichterung keine weiteren Schreiben in dieser Angelegenheit zu.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, mit Schreiben vom 08.09.2023

Das Plangebiet befindet sich im An-/ Abfluggebiet zum Bombenabwurfplatz Engden / NORDHORN RANGE. Ich mache darauf aufmerksam, dass von dem dortigen Übungsbetrieb nachteilige Immissionen, insbesondere Fluglärm, auf das Plangebiet ausgehen. Es handelt sich um eine bestandsgebundene Situation mit ortsüblicher Vorbelastung. Für die in Kenntnis dieses Sachverhaltes errichteten baulichen Anlagen können gegen die Bundeswehr keinerlei Abwehr- und Entschädigungsansprüche wegen der Lärmemissionen geltend gemacht werden.

Es wird empfohlen, den Immissionen durch geeignete Gebäudeanordnung und Grundrissgestaltung sowie durch bauliche Schallschutzmaßnahmen zu begegnen.

Auf Grundlage der im Bezug bereitgestellten Unterlagen und Angaben bestehen seitens der Bundeswehr bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage keine Bedenken gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes, solange Gesamtbauhöhen von 30 m eingehalten werden. Diese Angaben waren dem Flächennutzungsplan derzeit noch nicht zu entnehmen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich das Plangebiet im An-/ Abfluggebiet zum Bombenabwurfplatz Engden / NORDHORN RANGE befindet und bezüglich der vom Flugplatz/Flugbetrieb ausgehenden Emissionen wie Fluglärm keine Abwehr- und Entschädigungsansprüche gegen die Bundeswehr geltend gemacht werden können. Die künftigen Eigentümer werden auf diese Sachlage hingewiesen. In die Begründung werden entsprechende Ausführungen aufgenommen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Plangebiet Gesamtbauhöhen von 30 m nicht überschritten werden dürfen. Dies kann im nachfolgenden Bebauungsplan entsprechend berücksichtigt werden.

ExxonMobil Production Deutschland GmbH, mit Schreiben vom 08.09.2023

Wir schreiben Ihnen im Auftrage der BEB Erdgas und Erdöl GmbH, der Mobil Erdgas-Erdöl GmbH (MEEG) und der Norddeutschen Erdgas-Aufbereitungs-Gesellschaft mbH (NEAG) und danken für die weitere Beteiligung in o.g. Angelegenheit.

Wir teilen Ihnen mit, dass unsere Belange bereits Berücksichtigung gefunden haben und somit keine weiteren Hinweise oder Anmerkungen unsererseits erforderlich sind. Unsere Stellungnahme vom 25.02.2022 behält somit Gültigkeit.

In der Stellungnahme vom 25.02.2022 hat die ExxonMobil Production GmbH auf im Plangebiet vorhandene verfüllte Bohrstellen der durch sie vertretenen Gesellschaften hingewiesen. Die verfüllten Bohrstellen sind entsprechend den angegebenen Koordinaten in der Planzeichnung dargestellt und es ist ein Hinweis auf den Sicherheitsradius von 5 m aufgenommen. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Stellungnahme vom 25.02.2022 weiterhin Gültigkeit hat und keine weiteren Hinweise oder Anmerkungen vorgebracht werden.

Neptune Energy Deutschland GmbH, mit Schreiben vom 13.10.2023

In Ihrer Mail vom 07.09.2023 baten Sie um Stellungnahme zum o.g. Vorhaben.

Eine Überprüfung des Sachverhaltes ergab, dass sich im Bereich der geplanten Maßnahme verfüllte Tiefbohrungen befinden, die in Ihrem Plan bereits berücksichtigt wurden.

Verfüllte Bohrungen besitzen einen Schutzradius von 5 m, der auch zukünftig nicht überbaut und abgegraben werden darf.

Für unsere Beteiligung in dieser Angelegenheit bedanken wir uns und bitten Sie uns auch weiterhin zu beteiligen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Bohrstellen der Neptune Energy Deutschland GmbH im Plangebiet bereits berücksichtigt sind. In der Planzeichnung wird zudem auf deren Schutzradius von 5 m hingewiesen. In der Begründung ist ausgeführt, dass der Schutzradius nicht überbaut und abgegraben werden darf.

Die Neptune Energy Deutschland GmbH wird zu gegebener Zeit im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung gemäß den Vorgaben des BauGB beteiligt.

Nowega GmbH, mit Schreiben vom 26.09.2023

Wir sind von der Erdgas Münster GmbH mit der Wahrnehmung ihrer Interessen im Rahmen der Bearbeitung von Fremdplanungsanfragen und öffentlich-rechtlichen Verfahren beauftragt worden. Diesbezüglich wurde Ihre Anfrage an uns zur Bearbeitung weitergeleitet. Namens und in Vollmacht der Erdgas Münster GmbH teilen wir Ihnen Folgendes mit:

Von dem Vorhaben sind nachfolgende Anlagen der **Erdgas Münster GmbH** betroffen:

Gashochdruckleitung 69 Rühlermoor - Wietmarschen, Schutzstreifenbreite 8,00 m

Kabel K-69 Rühlermoor - Wietmarschen

Mit diesem Schreiben erhalten Sie Quickplot(s), in denen die im Planungsraum befindlichen Anlagen der Erdgas Münster GmbH grob dargestellt sind. Die Planunterlagen dienen zur unverbindlichen Vorinformation und sind zeitlich nur begrenzt gültig. Die Angaben über Lage und Verlauf der Anlagen sind so lange als unverbindlich anzusehen, bis sie durch den nachfolgend genannten Betriebsführer bei einem Einweisungstermin in der Örtlichkeit bestätigt werden:

Betrieb Nowega

Tel.: 0251 60998-366

Alle übermittelten Unterlagen dienen nur zu Ihrer Information und dürfen nicht für eine Leitungsauskunft an Dritte verwendet werden.

In Bezug auf unsere Stellungnahme vom 03.03.2022 (Az. E2022-0125-1) im bisherigen Verfahren ergeben sich keine neuen Anregungen oder Bedenken.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass von der Planung eine Gashochdruckleitung und das Kabel K-69 der Erdgas Münster GmbH betroffen sind. Die Gasleitung ist mit dem Schutzstreifen von 8 m (beidseitig 4 m) in der Planzeichnung dargestellt. Es wird auch auf das Begleitkabel (K 69) hingewiesen, welches nördlich außerhalb des Plangebietes nach Osten verschwenkt und im Weiteren parallel zur Ölwerkstraße verläuft.

Die weiteren Hinweise werden ebenfalls zur Kenntnis genommen und beachtet.

Im Rahmen der Stellungnahme vom 03.03.2022 wurde auf betroffene Leitungen der Nowega GmbH hingewiesen. Die Gasleitung Nr. 56 ist mit dem Schutzstreifen von 8 m (beidseitig 4 m) in der Planzeichnung dargestellt und es wird auf das Begleitkabel hingewiesen. Das Kabel K-711 verläuft am östlichen

	Rand des Plangebietes und ist ebenfalls dargestellt. Die weiteren Anlagen befinden sich außerhalb des Plangebietes. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich hierzu keine neuen Anregungen oder Bedenken ergeben haben.
--	---

Gasunie Deutschland Transport Services GmbH, mit Schreiben vom 11.09.2023

Vielen Dank für die Beteiligung im Rahmen der oben genannten Planungen. Wir nehmen wie folgt Stellung:

Von dem oben genannten Vorhaben sind Erdgashochdruckleitungen/Kabel der von Gasunie Deutschland vertretenen Unternehmen betroffen.

Sämtliche Maßnahmen im Schutzstreifen der Erdgastransportleitung bzw. der Kabel sind in Anwesenheit eines Gasunie-Mitarbeiters durchzuführen. Dabei ist der zuständige Leitungsbetrieb bereits über Arbeiten im Näherungsbereich ab ca. 50 m zur Erdgastransportleitung bzw. zum Kabel zu informieren.

Ein Gasunie-Mitarbeiter wird die Lage des Schutzstreifens ermitteln, kennzeichnen und die vor Ort tätigen Personen einweisen. Hierfür fallen keine Kosten an. Es ist jedoch unbedingt erforderlich, rechtzeitig, spätestens 5 Werktage vor Beginn jeglicher Maßnahmen im Schutzstreifenbereich, Kontakt zu folgendem Leitungsbetrieb aufzunehmen:

Gasunie Deutschland Transport Services GmbH
Standort Folmhusen
Holter Weg 35
26817 Rhaderfehn
Tel.: 04952/92800-65

Die Stellungnahme inklusive Pläne und Schutzanweisung ist auf der Baustelle vorzuhalten.

Nachfolgende Auflagen sind zu beachten und unbedingt einzuhalten.

Das Gebiet wird im westlichen Bereich von insgesamt drei Gasfernleitungen unterschiedlicher Betreiber, u.a. der Gasunie Deutschland, durchquert. Die Leitungstrassen sind in der Planzeichnung mit ihren jeweiligen Schutzstreifen dargestellt und werden bei den weiteren Planungen berücksichtigt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Stellungnahme inklusive Pläne und Schutzanweisung auf der Baustelle vorzuhalten ist.

Im Störungsfall außerhalb der Dienstzeit wenden Sie sich bitte an die ständig besetzte Leitzentrale 0 800 / 69 666 96.

Auflagen:

- Im Schutzstreifen der Gasunie-Anlagen besteht ein grundsätzliches Bauverbot und ein Verbot sonstiger Anlagen gefährdender Maßnahmen.
- Es muss gewährleistet sein, dass der Schutzstreifen zur Vornahme von betrieblichen Überwachungs- und Unterhaltsmaßnahmen sowie zur Durchführung von Instandsetzungsarbeiten jederzeit uneingeschränkt auch mit Baufahrzeugen zugänglich ist.
- Geplante Fundamente / Schächte / Gebäude sind hinsichtlich ihrer Standsicherheit so zu planen bzw. zu errichten, dass ein uneingeschränktes Freilegen der Gasunie-Anlagen auch ohne Verbau jederzeit möglich ist.
- Die Ausrichtung von Gebäuden in Leitungsnähe muss vor Ort an den tatsächlich vorhandenen Schutzstreifen erfolgen. Dachüberstände dürfen nicht in den Schutzstreifen hineinragen.
- Das vorhandene Geländeniveau im Schutzstreifen darf nur in Abstimmung mit dem zuständigen Standort verändert werden.
- Zufahrten zu den Grundstücken sind möglichst außerhalb des Schutzstreifens der Gasunie-Anlagen anzulegen. Anderenfalls können Sicherungsmaßnahmen notwendig werden.
- Mauern, Gatter, Zäune und dergleichen sind möglichst außerhalb des Schutzstreifens zu errichten. Sollte dies nicht möglich sein, ist eine Abstimmung mit Gasunie notwendig. Pflasterarbeiten im Schutzstreifen sind im Vorfeld mit dem zuständigen Standort abzustimmen.
- Im Fall der Errichtung einer Zaunanlage muss Gasunie die Zufahrt zu den Gasunie-Anlagen auf dem Betriebsgelände jederzeit möglich sein. Es ist deshalb ein Schlüsselkasten im Torbereich zu montieren, der mit der Gasunie-Schließung zu öffnen

Die weiteren Hinweise und Auflagen werden ebenfalls zur Kenntnis genommen. Sie betreffen nicht die Darstellungen des Flächennutzungsplanes und sind im Rahmen der konkreten Vorhabenplanung bzw. der Bauarbeiten zu berücksichtigen.

ist. In dem Schlüsselkasten ist ein Schlüssel mit der Torschließung zu hinterlegen, so dass Gasunie-Mitarbeiter im Not- und Gefahrenfall jederzeit Zutritt zur Leitungstrasse haben.

- Kräne und Arbeitsbühnen sind außerhalb des Schutzstreifens der Gasunie-Anlagen aufzustellen. Freischwebende Lasten dürfen ohne Zustimmung von Gasunie nicht innerhalb des Schutzstreifens bewegt werden. In Abstimmung mit der Gasunie-Aufsicht können Sicherungsmaßnahmen (z.B. Baggermatratzen) festgelegt werden, die eine Abweichung ermöglichen.
- Eine Bepflanzung des Schutzstreifens mit Bäumen, Sträuchern oder Hecken ist unzulässig. Außerhalb des Schutzstreifens stehende Bäume und Gehölze sollten daran gehindert werden, Wurzeln in den Schutzstreifen zu treiben.

Kosten:

- Die Kosten für eventuelle Schutzmaßnahmen / Gutachten sind vom Verursacher zu tragen.
- Gasunie ist von allen Kosten, die in Folge der Baumaßnahme entstehen könnten (z.B. in Gestalt nachträglich erforderlicher Sicherungsmaßnahmen an unseren Anlagen oder im Vergleich zum ursprünglichen Zustand erhöhter Aufwendungen bei Reparatur-, Unterhaltungs- und Wartungsarbeiten) freizuhalten.

Aktuell betroffene Anlagen:

Erdgastransportleitung(en) / Kabel	Durchmesser in mm	Schutzstreifen in m	Begleitkabel	Bestandsplan Nr.
ETL 0031.200 Abs. Groß Fullen-Emsbüren	750	12,00	ja	BP 75

- Die Angaben in den Plänen zu Lage und Verlauf der Gasunie-Anlagen sind so lange als unverbindlich anzusehen, bis sie in

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Kosten für evtl. Schutzmaßnahmen vom Verursacher zu tragen sind.

Wie ausgeführt, ist die Leitungstrasse mit ihrem Schutzstreifen in der Planzeichnung dargestellt und somit berücksichtigt.

der Örtlichkeit durch einen Beauftragten der Gasunie Deutschland bestätigt werden.

- Suchschlitze und Querschläge sind vom Antragsteller unter Gasunie-Aufsicht durchzuführen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Trink- und Abwasserverband „Bourtanger Moor“, mit Schreiben vom 05.10.2023

Gegen die oben genannte Bauleitplanung bestehen seitens des TAV unter Beachtung der nachfolgenden Punkte keine Bedenken.

Der Anschluss an die zentrale Trinkwasserversorgung kann vom Verband für das geplante Gebiet, unter Berücksichtigung der gültigen Verbandsgrundlagen, sichergestellt werden.
Der TAV wird sich im Verlauf der weiteren Bauleitplanung dann detaillierter zu möglichen Bebauungsplänen äußern.
Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Plangebiet an die zentrale Trinkwasserversorgung angeschlossen werden kann und sich der TAV zur weiteren, verbindlichen Bauleitplanung detaillierter äußern wird.

Amprion GmbH, mit Schreiben vom 09.10.2023

Wie bereits aus unserer Stellungnahme vom 21.03.2022 im Rahmen der Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB bekannt, sind in dem Geltungsbereich der o.g. Bauleitplanung die im Betreff genannten Höchstspannungsleitungen geplant.

Den derzeitigen Stand der Trassenführung haben Sie bereits nachrichtlich in der Festsetzungskarte und der Begründung zur Flächennutzungsplanänderung berücksichtigt.

Da gegenüber unseren vorherigen Stellungnahmen die Genehmigungsverfahren fortgeschritten sind, möchten wir Sie hier noch einmal über den derzeitigen Verfahrensstand informieren:

1. Höchstspannungsfreileitung

Der Planfeststellungsabschnitt Nr. 7 des Vorhabens Nr. 5 aus dem Energieleitungsausbaugesetz befindet sich kurz vor Abschluss des Planfeststellungsverfahrens.

2. Höchstspannungsgleichstromerdkabelanlagen

Die Bundesfachplanungsentscheidung zum Trassenkorridor, innerhalb dessen die Amprion GmbH die Vorhaben A-Nord, DolWin4 und BorWin4 realisieren muss liegt für den betreffenden Abschnitt B (Planfeststellungsabschnitt NDS2) seit dem 30.07.2021 vor.

Der festgelegte Trassenkorridor ist verbindlich für die Planfeststellung der Vorhaben aus dem Bundesbedarfsplangesetz Nr. 1 A-Nord, Nr. 78 DolWin4 und Nr. 79 BorWin4.

Die Antragseinreichung auf Planfeststellungsbeschluss gemäß § 19 NABEG inkl. der beabsichtigten Trassenführung im Trassenkorridor (Planfeststellungsabschnitt NDS2) ist am 08.10.21 erfolgt. Die Antragskonferenz dazu wurde am 30.11.21 in Papenburg abgehalten. Die Planfeststellungsunterlagen zu den Vorhaben A-Nord, DolWin4 und BorWin4 gemäß § 21 NABEG wurden bereits bei der Bundesnetzagentur eingereicht, am 11.05.23 durch die Behörde für voll-

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die geplanten Höchstspannungsleitungen der Amprion GmbH, auf die bereits mit Schreiben vom 21.3.2022 hingewiesen wurde, soweit sie die vorliegende Planung betreffen, berücksichtigt sind.

Die geplante Freileitung quert das Plangebiet zukünftig im östlichen Bereich. Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Planfeststellungsverfahren hierzu kurz vor dem Abschluss steht.

Die geplanten Höchstspannungserdkabel queren das Plangebiet zukünftig im nordwestlichen Bereich. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Planunterlagen für den Trassenkorridor im vorliegenden Abschnitt bereits öffentlich ausgelegen haben und damit für die vorhabenbetroffenen Flächen grundsätzlich eine Veränderungssperre besteht.

ständig erklärt und lagen bis zum 26.07.23 öffentlich aus.
Mit Auslegung der Unterlagen besteht grundsätzlich eine Veränderungssperre für die vorhabenbetroffenen Flächen gemäß § 18 Abs. 5 NABEG i. V. m. § 44a Abs. 1 EnWG. Dadurch sind wesentliche Änderungen und wertsteigernde Maßnahmen auf den betreffenden Flächen grundsätzlich nicht zulässig.
Aktuelle Informationen zu den eingereichten Vorhaben im Abschnitt NDS2 finden Sie unter: https://www.netzausbau.de/Vorhaben/ansicht/abschnitt.html?cms_nummer=1&cms_gruppe=bbplg&cms_status=pfv&cms_abschnitt=Abschnitt+NDS2.
Die beantragte Trassenführung für die Vorhaben quert das geplante Gewerbegebiet der Gemeinde Geeste bei Dalum in seinem nordwestlichen Bereich. Die Trassenführung in diesem Bereich bestand bereits mit Einreichung der § 19 Anträge in 04/2021. Es fand hierzu ein Ortstermin in 04/2022 in Geeste statt. Im Nachgang wurden seitens der Amprion GmbH die Geodaten zu den Vorhaben A-Nord, DoWin4 und BorWin4 an die Gemeinde übergeben, um diese im laufenden Bauleitplanverfahren zu berücksichtigen.

Die Daten finden sich in der beigefügten Plananlage und zeichnerischen Darstellung der 85. Fortschreibung des FNP wieder. Auch in der textlichen Begründung sind die Vorhaben korrekt wiedergegeben und es wird dargelegt, dass die Schutzstreifenflächen allenfalls zu Lagerzwecken genutzt werden sollen.
Die Amprion GmbH hat daher, bezogen auf die Erdkabelvorhaben A-Nord, DoWin4 und BorWin4, grundsätzlich keine Bedenken zur Ausweisung des Gewerbegebietes. Wir weisen vorsorglich darauf hin, dass der spätere Schutzstreifen der Vorhaben nicht bebaut oder mit tiefwurzelnden Gehölzen bepflanzt werden darf. Sonstige Nutzungen sind mit der Amprion GmbH abzustimmen. Dies ist bei der anschließenden verbindlichen Bauleitplanung zu beachten.
Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass der Erörterungstermin zu den Vorhaben A-Nord, DoWin4 und BorWin4 noch

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die zeichnerische Darstellung der geplanten Leitungstrasse in der Planzeichnung korrekt wiedergegeben ist. In der Begründung ist ausgeführt, dass Bauvorhaben im Schutzstreifen der Leitungen bzw. in unmittelbarer Nähe dazu der Zustimmung der Amprion GmbH bedürfen. Die hiervon betroffenen Flächen sollen jedoch im Wesentlichen für Lagerzwecke genutzt werden.
Es wird zur Kenntnis genommen, dass daher grundsätzliche Bedenken der Amprion GmbH gegen die Planung nicht bestehen. Die weiteren Hinweise werden bei der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung beachtet.

in 2023 erfolgen wird.

Wir bitten Sie, uns an diesem und den nachgelagerten Bebauungsplanverfahren weiterhin zu beteiligen.

Die Amprion GmbH handelt vorliegend auch im Namen und Auftrag der Amprion Offshore GmbH.

Die Amprion Offshore GmbH (AOS) ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Amprion GmbH und fungiert als Vorhabenträgerin für die Netzanbindungen BorWin4 und DolWin4. Sie ist von der Amprion GmbH mit der Planung, Errichtung und dem Betrieb der Netzanbindungen beauftragt worden.

In Erfüllung ihres Gesellschaftszwecks plant, errichtet und betreibt die AOS die Netzanbindungen für Offshore Windparks (OWP) in der deutschen Nordsee bis zum jeweiligen Verknüpfungspunkt mit dem Übertragungsnetz an Land der Amprion GmbH und wird Eigentümerin der Netzanbindungen. Mit der Erbringung von Dienstleistungen zur Umsetzung der Netzanschlüsse wird von der AOS u.a. auch die Amprion GmbH beauftragt.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Für die vorliegende Planung ist als nächster Verfahrensschritt der Feststellungsbeschluss vorgesehen. Am nachfolgenden Verfahren der verbindlichen Bauleitplanung wird die Amprion GmbH zu gegebener Zeit gemäß den Vorgaben des BauGB beteiligt.

Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Unterhaltungs- und Landschaftspflegeverband Nr. 94 „Große Aa und Ems I“, mit Schreiben vom 08.09.2023

Der Unterhaltungs- und Landschaftspflegeverband Nr. 94 "Große Aa und Ems I" (ULV) ist unterhaltungspflichtig für die Dalumer Moorbeeke (Gewässer zweiter Ordnung). Diese wird jährlich zweimal maschinell gemäht und gekrautet. Die parallel verlaufenden Unterhaltungswege müssen deshalb uneingeschränkt erhalten bleiben. Darüber hinaus ergeben sich noch Einschränkungen gem. § 6 unserer Satzung (siehe Anlage) bezüglich einzuhaltender Abstände mit baulichen Anlagen, Zäunen oder Veränderungen der Geländeoberfläche. Sofern diese bei der weiteren Planung berücksichtigt werden, bestehen seitens des UL V keine Bedenken.

Sollte das anfallende Oberflächenwasser einem Gewässer zweiter Ordnung zugeführt werden, ist hierfür frühzeitig unter Beteiligung des Verbandes gemäß § 8 WHG eine entsprechende Erlaubnis zu beantragen.

Der beplante Bereich liegt im Einzugsgebiet des Wasser- und Bodenverbandes „Ems-Süd“, hierzu wenden Sie sich an den Verbandsvorsteher Helmut Schwering, Kirschenstr. 49, Geeste-Gr. Heesepe.

Das Gewässer „Dalumer Moorbeeke“ verläuft südlich der Straße „An der Moorbeeke“. Das Plangebiet umfasst überwiegend Flächen nördlich der Straße, sodass die Unterhaltung des Grabens durch diese Flächen nicht eingeschränkt wird.

Im südwestlichen Bereich ist auch die südlich des Grabens angrenzende Fläche in den Geltungsbereich einbezogen und wird ebenfalls als gewerbliche Baufläche überplant.

Die Vorgaben gemäß § 6 der Satzung des Unterhaltungs- und Landschaftspflegeverbandes können im nachfolgenden Bebauungsplan durch die Aufnahme eines 5 m breiten Gewässerstrandstreifens und einen entsprechenden Hinweis berücksichtigt werden.

Die Unterhaltung des Grabens kann im vorliegenden Fall im Übrigen von Norden über die angrenzend verlaufende Straße „An der Moorbeeke“ gewährleistet werden und wird somit durch die vorliegende Planung insgesamt nicht eingeschränkt.

Für das Plangebiet soll eine zentrale oder eine dezentrale Rückhaltung auf dem jeweiligen Grundstück entstehen, über die das anfallende Oberflächenwasser dann auf das natürliche Maß gedrosselt der Vorflut zugeleitet wird. Welche Form der Entwässerung zum Tragen kommt, ist derzeit noch nicht bekannt und wird im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung geklärt. Für die geplanten wasserwirtschaftlichen Maßnahmen werden zu gegebener Zeit die entsprechenden Genehmigungen und/oder Erlaubnisse nach dem Wasserhaushaltsgesetz in Verbindung mit dem Niedersächsischen Wassergesetz bei der zuständigen Wasserbehörde beantragt.

Westnetz GmbH, mit Schreiben vom 12.09.2023

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 06.09.2023 und teilen Ihnen mit, dass wir den o.g. Planentwurf in Bezug auf unsere Versorgungseinrichtungen durchgesehen haben. Gegen die Verwirklichung bestehen unsererseits keine Bedenken.

Zur Versorgung des Industriegebietes mit elektr. Energie und Gas wird der Ausbau entsprechender Versorgungseinrichtungen erforderlich. Der Umfang derselben ist von uns zzt. noch nicht zu übersehen. Wir bitten Sie zu veranlassen, dass sich die späteren Grundstückseigentümer rechtzeitig vor Baubeginn mit uns in Verbindung setzen und uns ihren Leistungsbedarf bekannt geben. Die erforderlichen Maßnahmen werden wir dann festlegen.

Die ungefähre Trasse der im Bereich des Plangebietes verlaufenden Versorgungseinrichtungen entnehmen Sie bitte den Auszügen aus unserem Planwerk (Netzdaten Strom, Gas, FTTx). Vorsorglich machen wir darauf aufmerksam, dass alle Arbeiten in der Nähe unserer Versorgungseinrichtungen mit besonderer Sorgfalt auszuführen sind, da bei Annäherung bzw. deren Beschädigung Lebensgefahr besteht. Bei eventuellen Tiefbauarbeiten ist auf die vorhandenen Versorgungsleitungen Rücksicht zu nehmen, damit Schäden und Unfälle vermieden werden. Schachtarbeiten in der Nähe unserer Versorgungseinrichtungen sind von Hand auszuführen.

Wir weisen darauf hin, dass bei der Aufstellung des Bebauungsplanes geeignete und ausreichende Trassen von mindestens 2,1 m Breite für die Versorgungsleitungen im öffentlichen Seitenraum zur Verfügung stehen müssen. Die Gesamtbreite setzt sich zusammen aus einer benötigten Rohrgrabenbreite von bis zu 1,5 m und den

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken gegen die Planung bestehen.

Die Erschließungsmaßnahmen werden rechtzeitig mit den beteiligten Leitungsträgern abgestimmt.

Nach den anliegenden Lageplänen verlaufen die Hauptversorgungsleitungen größtenteils im Bereich der angrenzenden Straßenverkehrsflächen jeweils parallel zu den Fahrbahnen. Lediglich im äußersten südöstlichen Randbereich wird die südlich der Straße „An der Moorbeeke“ gelegene Teilfläche randlich von einer Gasleitung tangiert. Es wird zur Kenntnis genommen, dass bei eventuellen Tiefbauarbeiten auf die vorhandenen Versorgungsleitungen Rücksicht zu nehmen ist und Schachtarbeiten in der Nähe der Versorgungseinrichtungen von Hand auszuführen sind.

Die weiteren Hinweise betreffen die konkrete Erschließungsplanung und können sinnvoll aber auch ausreichend in diesem Rahmen berücksichtigt werden.

Mindestabständen zur Endausbaustraße und den Grundstücksgrenzen von jeweils mindestens 0,3 m. Diese Trassen sind von Bepflanzungen, Regenwassermulden, Rigolensystemen und von Versickerungsschächten freizuhalten, um eine ausreichende Rohrüberdeckung und Betriebssicherheit der Versorgungsleitungen zu gewährleisten.

Wir bitten um Mitteilung, ob im Bereich des Plangebietes Kampfmittelfreiheit vorliegt und ob mit Altlasten zu rechnen ist. Sollten wir diesbezüglich bis zum Baubeginn keine Rückinformation erhalten, gehen wir davon aus, dass im Plangebiet keine Belastungen hinsichtlich Kampfmittel und Altlasten vorliegen.

Im Übrigen sind unsere früheren Stellungnahmen zum o.g. Bauleitplan und zu den Änderungen weiterhin maßgebend.

Im Beteiligungsverfahren wurde vom Kampfmittelbeseitigungsdienst für den Bereich der im westlichen Bereich das Gebiet querenden Erdgasleitungen mitgeteilt, dass sich ein Kampfmittelverdacht nicht bestätigt hat. Für den übrigen Bereich gilt der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.

Es kann somit nicht davon ausgegangen werden, dass keine Belastungen vorliegen. Gleiches gilt, wenn die Gemeinde der Westnetz GmbH oder den anderen TÖB nichts zu diesen Themen mitteilt. Aus diesem Grund sind vor Beginn jeglicher Arbeiten im Plangebiet die Informationen aktiv durch das jeweilige Unternehmen einzuholen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der früheren Stellungnahme vom 02.03.2022 wurden zur vorliegenden Planung jedoch keine anderen Anregungen vorgebracht.

Deutsche Telekom Technik GmbH, mit Schreiben vom 10.10.2023

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG- hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Die Telekom hat bezüglich der o.g. Bauleitplanung derzeit weder Anregungen noch Bedenken.

Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit frei gehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass zu der vorliegenden Planung weder Anregungen noch Bedenken vorgetragen werden.
Die weiteren Hinweise sind im Rahmen der Bauarbeiten zu berücksichtigen.

PLEdoc GmbH, mit Schreiben vom 11.10.2021

Tabelle der betroffenen Anlagen:

lfd Nr	Eigentümer	Leitungstyp	Status	Leitungsnr.	DN	Blatt	Schutzstreifen	Beauftragter
1	Open Grid Europe GmbH	Ferngasleitung mit Betriebskabel	In Betrieb	063000000	1100	385 und 386	15 m (asym.)	Udo Haßler 04953/ 915-00 Bunde

Von der Open Grid Europe GmbH (OGE), Essen, sind wir mit der Wahrnehmung ihrer Interessen im Rahmen der Bearbeitung von Fremdplanungsanfragen und öffentlich-rechtlichen Verfahren beauftragt.

Die auf Ihrer Homepage zur Einsicht gestellten Verfahrensunterlagen haben wir ausgewertet. Im Flächennutzungsplan ist der Trassenverlauf der eingangs aufgeführten Ferngasleitung nebst Schutzstreifenbegrenzungslinie bereits dargestellt und mit Kenndaten versehen. Wir weisen jedoch darauf hin, dass es sich hierbei um eine Ferngasleitung der Open Grid Europe GmbH und nicht der PLEdoc GmbH handelt.

Die Bestandspläne der Ferngasleitung aus dem Berührungsbereich liegen Ihnen bereits aus der frühzeitigen Beteiligung vor. Änderungen am Trassenverlauf haben sich in der Zwischenzeit nicht ergeben, sodass die Ihnen vorliegenden Planunterlagen auf aktuellem Stand sind.

Beigefügt erhalten Sie lediglich nochmals die entsprechenden Katasterpläne zur Ferngasleitung, da es bei der Ihnen vorliegenden Datei zur Darstellung der Inhalte zu Fehlermeldungen kam. Die Darstellung der Ferngasleitung ist in den Katasterplänen nach bestem Wissen erfolgt. Gleichwohl ist die Möglichkeit einer Abweichung im Einzelfall nicht ausgeschlossen.

Das Plangebiet wird im zentralen Bereich von insgesamt drei Gasfernleitungen unterschiedlicher Betreiber, u.a. der Ferngasleitung der Open Grid Europe, durchquert. Die Leitungstrassen sind in der Planzeichnung mit ihren jeweiligen Schutzstreifen dargestellt und somit berücksichtigt. In der Legende zur Flächennutzungsplanänderung wird auf die vorhandenen und geplanten Hauptversorgungsleitungen hingewiesen und fälschlicherweise die PLEdoc als ein Betreiber genannt. Dies wird korrigiert. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Planunterlagen im Übrigen auf dem aktuellen Stand sind.

Bei der Änderung des Flächennutzungsplans ist das beigefügte **Merkblatt der Open Grid Europe GmbH zur Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen** zu beachten. Wir gehen davon aus, dass der Bestandsschutz der Ferngasleitung und zugehörigen Anlagen gewährleistet ist und sich durch die vorgesehenen Festsetzungen und Ausweisungen der Flächennutzungsplanänderung keinerlei Nachteile für den Bestand und den Betrieb der Ferngasleitung nebst Anlagen sowie keinerlei Einschränkungen und Behinderungen bei der Ausübung der für die Sicherheit der Versorgung notwendigen Arbeiten, wie Überwachung, Wartung, Reparatur usw. ergeben. Unter **Punkt 3.3.4** der Begründung wird bereits auf das Vorhandensein der Ferngasleitung hingewiesen. Dort wird ebenfalls ausgeführt, dass alle Details, die Einfluss auf den Bestand und den Betrieb der Ferngasleitung haben, mit dem Leitungsträger abzustimmen sind. Hiermit sind wir einverstanden.

Ausgleich und Kompensation der Eingriffe

Gemäß des Umweltberichtes unter Punkt 4.5.3.e können nicht alle Eingriffe innerhalb des Plangebietes kompensiert werden. Für eine externe Kompensation soll daher das Ökokonto der Gemeinde belastet werden. Aus den uns zur Verfügung gestellten Unterlagen geht die genaue Lage dieses Ökokontos nicht hervor. Wir bitten um Mitteilung der Lage der Ökokontofläche, damit wir prüfen können, ob von uns verwaltete Versorgungsanlagen berührt werden. Grundsätzlich gilt, dass Neuanpflanzungen von Bäumen, Hecken und tiefwurzelnden Sträuchern nur außerhalb des Schutzstreifenbereiches erfolgen sollten, um eine gegenseitige Beeinträchtigung zu vermeiden.

In der Begründung ist unter Punkt 3.3.4 ausgeführt, dass die Erdgasleitungen im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung mit Ihrem jeweiligen Schutzstreifen zu berücksichtigen sind. Außerdem ist das Abstellen von Containern, Lagern von Baustoffen, Aufstellen von Kränen etc. im Schutzstreifen der Erdgasleitungen unzulässig. Sämtliche Maßnahmen im Schutzstreifen der Erdgas-Transportleitungen bedürfen der Zustimmung und Einweisung des jeweiligen Leitungsträgers. Erforderliche Überfahrten sind nur nach Absprache mit dem jeweiligen Betreiber und unter Einhaltung besonderer Sicherheitsvorkehrungen zulässig. Bei Arbeiten im Näherungsbereich ab ca. 50 m zur Leitung ist der jeweils zuständige Leitungsbetrieb zu informieren. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die PLEdoc GmbH als Vertreter für die Open Grid Europe GmbH hiermit einverstanden ist.

Der Gemeinde stehen mit dem Ökokonto ausreichend Werteinheiten zur Verfügung, um eine Kompensation der durch die Planung zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft zu gewährleisten. Die konkrete Zuordnung der Kompensationsfläche erfolgt erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung. Die zur Verfügung stehenden Kompensationsflächen lagen jedoch bereits in anderen Beteiligungsverfahren vor und sind dem Grunde nach abgestimmt. Mit Aufstellung des nachfolgenden Bebauungsplanes werden die Planunterlagen den Trägern öffentlicher Belange und auch der PLEdoc GmbH erneut zur Beteiligung gemäß § 4 BauGB vorgelegt, sodass deren Belange in diesem Rahmen noch ausreichend berücksichtigt werden können.

Industrie- und Handelskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim, mit Schreiben vom 13.10.2023

Die Industrie- und Handelskammer Osnabrück- Emsland- Grafschaft Bentheim trägt bezüglich der o. g. Planung keine Bedenken vor.

Es werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für Erweiterungs- und Ansiedlungsvorhaben von weiteren Gewerbebetrieben im Ortsteil Dalum geschaffen. Die Planung ermöglicht den Unternehmen eine Stärkung und Weiterentwicklung des Standortes und somit eine positive wirtschaftliche Entwicklung. Wir begrüßen die Planung im Hinblick auf eine weitere, qualifizierte Gewerbe-/Industrieentwicklung. Zudem werden mit der Planung die Ziele einer regionalen Wirtschaftsförderung verfolgt. Die neuen Bauflächen bewirken eine sinnvolle Erweiterung der bereits vorhandenen Ansätze und sind daher auch aus städtebaulichen Gründen zu begrüßen.

Bei der Besiedlung der zukünftigen Industrie- bzw. Gewerbegebietsflächen muss mit erhöhtem Schwerverkehr gerechnet werden. Die Verkehrsführung ist an die entsprechenden Erfordernisse anzupassen.

Da Gewerbe- und Industriebetriebe unbedingt auf Standorte angewiesen sind, die keinen wesentlichen Restriktionen unterliegen,

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die IHK keine Bedenken gegen die Planung vorträgt und die Planung begrüßt wird.

Die Fragen der verkehrlichen Erschließung sind im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung zu klären. Wie jedoch in der Begründung ausgeführt, sollen die Flächen im Plangebiet über die im südöstlichen Bereich querende Straße „An der Moorbeeke“ erschlossen werden. Für die südöstliche Teilfläche ist auch eine Erschließung von Osten über die Elwerathstraße denkbar, welche nach Norden ebenfalls in die Ölwerkstraße einmündet. Für die Aufnahme des Gewerbeverkehrs wird abschnittsweise ein verkehrsgerechter Ausbau der Straße „An der Moorbeeke“ erforderlich sein.

Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung werden jedoch erst im

empfehlen wir im wirtschaftsfördernden Sinne, dass Kommunen bei der Neuausweisung von Gewerbe- und Industriegebieten betriebsbedingte Wohnnutzungen zur Vermeidung von Konflikten im Bereich des Immissionsschutzes ausschließen. Weiterhin empfehlen wir, dass Regelungen zur Einzelhandelssteuerung erlassen und gem. § 8 Abs. 3 BauNVO Vergnügungsstätten und wesensähnliche Nutzungen aus den bekannten besonderen städtebaulichen Gründen im Sinne des § 1 Abs. 9 BauNVO, nämlich zur Vermeidung von Trading-down- Effekte im und um das Plangebiet ausgeschlossen werden.

Im Umfeld des Plangebietes befinden sich schutzbedürftige Nutzungen. Ein Nebeneinander von schutzbedürftigen und gewerblichen Nutzungen kann im Hinblick auf Schallemissionen zu Konflikten führen. Wir gehen davon aus, dass die im Bereich des Immissionsschutzes zu treffenden Maßnahmen und Festsetzungen auf Ebene der Bebauungsplanung zur Bewältigung von eventuellen Konflikten durch angrenzende schutzbedürftige Nutzungen geeignet sein werden, sodass Nutzungskonflikte gar nicht erst entstehen. Die Hinweise des schalltechnischen Berichtes (HeWes Umweltakustik GmbH: schalltechnische Beurteilung Nr. 2022-021, Stand 15.03.2023) sind zu beachten. Grundsätzlich sollten Gewerbe-/Industriebetriebe nicht mit Auflagen zum aktiven Schallschutz, Belastungen oder Nutzungseinschränkungen betriebswirtschaftlich belastet werden. Dies lehnen wir im Sinne der gewerblichen Standort-sicherung ab.

Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung getroffen.

Mit der Planung wird der Gewerbebestandort im Südwesten von Dalum erweitert. Dabei müssen umliegend vorhandene schutzwürdige Nutzungen mit ihrem jeweiligen Schutzanspruch berücksichtigt werden. Aus diesem Grund wurde für die Planung eine schalltechnische Beurteilung vorgenommen, welche die zulässigen Emissionsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der Vorbelastung durch den bestehenden Gewerbebestandort in Bezug auf die nächstgelegenen Wohnnutzungen im Umfeld ermittelt hat. Die danach im Gebiet zulässigen Emissionsmöglichkeiten werden im nachfolgenden Bebauungsplan entsprechend festgesetzt. Nutzungskonflikte sind durch die vorliegende Planung daher nicht zu erwarten.

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, mit Schreiben vom 13.10.2023

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:

Bergbau: West

Durch das Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe dazu verlaufen nach dem LBEG vorliegenden Unterlagen erdverlegte bergbauliche Leitungen. Entlang jeder Rohrleitung ist ein Schutzstreifen festgelegt. Der Schutzstreifen ist von jeglicher Bebauung und von tiefwurzelndem Pflanzenbewuchs frei zu halten. Wartung und Instandhaltung, sowie der spätere Rückbau der bergbaulichen Anlagen sind zu jedem Zeitpunkt zu ermöglichen. Dies betrifft u.a. neben Zufahrtsmöglichkeiten für schwere Technik z.B. auch mögliche Bodenbewegungen, Grundwasserhebungen und -senkungen und Lärmimmissionen.

Betroffen sind bergbauliche Anlagen der folgenden Betreiber:
Erdgas Münster GmbH, Johann-Krane-Weg 46, 48149 Münster

Wir bitten Sie, sich mit den vorgenannten Unternehmen in Verbindung zu setzen und die ggf. zu treffenden Schutzmaßnahmen bzw. einzuhaltende Schutzabstände abzustimmen.

Nachbergbau

Nachbergbau Themengebiet Tiefbohrungen

Das Vorhaben befindet sich nach den dem LBEG vorliegenden, ausgewerteten Unterlagen im Bereich von Tiefbohrungen mit folgenden UTM Koordinaten:

Das Plangebiet wird im zentralen Bereich von insgesamt drei Gasfernleitungen unterschiedlicher Betreiber, u.a. der Erdgas Münster GmbH, durchquert. Die Leitungstrassen sind in der Planzeichnung mit ihrem jeweiligen Schutzstreifen dargestellt und somit berücksichtigt. Die Betreiber der Leitungstrassen wurden an der vorliegenden Planung beteiligt und haben Ihrerseits auf die Leitungen hingewiesen.

Bohrungs-Name	Bodenschatz	Bergbauunternehmen	Ostwert	Nordwert
Lingen A2	Erdöl	b)	32378615	5827798
Lingen A1	Erdöl	b)	32378649	5827752
Lingen 11	Erdöl	a)	32378396	5827686
Lingen 13	Erdöl	b)	32378399	5827814
Lingen 18	Erdöl	b)	32378446	5827938
Lingen 25 (2.)	Erdöl	b)	32378128	5827750
Lingen 28	Erdöl	b)	32378270	5827780
Lingen 39	Erdöl	b)	32378267	5827632
Lingen 63	Erdöl	b)	32378117	5827828
Lingen 65	Erdöl	b)	32378030	5827693
Lingen 67	Erdöl	b)	32378366	5827714
Lingen 155G	Erdöl	b)	32378284	5827810
Lingen 25 (1.)	Erdöl	b)	32378128	5827750
Lingen 61	Erdöl	b)	32378135	5827566
Lingen 73	Erdöl	b)	32377934	5827787
Lingen 79	Erdöl	b)	32377784	5827864
Lingen 160G	Erdöl	b)	32377956	5827864

Bezüglich des Verfüllungszustandes der Bohrungen liegen möglicherweise unvollständige Informationen vor. Wir bitten Sie daher, die genannten Unternehmen oder deren Rechtsnachfolger zwecks Rückfragen zum Verwahrungszustand wie auch zur Bestimmung der genauen Lage der Bohrung(en) am Verfahren zu beteiligen.

a) ExxonMobil Production Deutschland GmbH

Vahrenwalder Str. 238

30179 Hannover

b) Neptune Energy Deutschland GmbH

Ahrensburger Straße 1

30659 Hannover

Verfüllte Förderbohrungen dürfen grundsätzlich nach den bergrechtlichen Vorschriften nicht überbaut und nicht abgegraben werden. Es ist eine Kreisfläche mit einem Radius von 5 m freizuhalten, welche aus einer Himmelsrichtung auch mit schwerem Gerät zu-

Die angegebenen Bohrstellen sind in der Planzeichnung eingetragen und ein Hinweis auf den Schutzradius von 5 m enthalten. Die Betreiber haben ebenfalls darauf hingewiesen, im Übrigen jedoch keine Bedenken geäußert bzw. angegeben, dass ihre Belange bereits Berücksichtigung gefunden haben und somit keine weiteren Hinweise oder Anmerkungen erforderlich sind.

gänglich sein muss. Falls von diesem Grundsatz abgewichen werden soll, ist das LBEG erneut zu beteiligen.

Boden

Mit Grund und Boden ist gemäß § 1a BauGB sparsam und schonend umzugehen und flächenbeanspruchende Maßnahmen sollten diesem Grundsatz entsprechen (LROP 3.1.1, 04).

In der Planungsphase lassen sich aus bodenschutzfachlicher Sicht mehrere Möglichkeiten der Vermeidung und Minimierung von Beeinträchtigungen des Schutzguts bedenken und - wenn möglich - in Ausschreibungen bzw. folgende Planungsstufen übernehmen. Besonders schutzwürdige oder empfindliche Bereiche sollten wenn möglich von einer Bebauung ausgenommen werden. Im Rahmen der Bautätigkeiten sollten einige DIN-Normen aktiv Anwendung finden (v.a. DIN 19639 Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben, DIN 18915 Vegetationstechnik im Landschaftsbau -Bodenarbeiten, DIN 19731 Verwertung von Bodenmaterial). Der Geobericht 28 Bodenschutz beim Bauen des LBEG dient als Leitfaden zu diesem Thema. Weitere Hinweise zur Vermeidung und Minderung von Bodenbeeinträchtigungen sowie zur Wiederherstellung von Bodenfunktionen sind zudem in Geofakt 31 Erhalt

Der Gemeinde ist bewusst, dass gemäß § 1 a BauGB mit Grund und Boden sparsam und schonend umzugehen ist. Die Gemeinden haben gemäß § 1 Abs. 3 BauGB jedoch Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist. In der Gemeinde Geeste besteht ein erheblicher Bedarf an gewerblichen Bauflächen. Dies wird in Kap. 3.1 der Begründung entsprechend erläutert. Mit der Planung wird der bestehende Gewerbestandort Dalum städtebaulich sinnvoll erweitert. Zudem werden bereits durch Leitungen und Bohrstellen vorbelastete Flächen in Anspruch genommen. Nach Auffassung der Gemeinde wird daher auch dem § 1a BauGB entsprochen. Der Landkreis Emsland als Genehmigungsbehörde hat diesbezüglich keine Bedenken geäußert.

Die Hinweise zum Bodenschutz werden zur Kenntnis genommen. Wie ausgeführt, wird mit der vorliegenden Planung auf bereits vorbelastete Böden zurückgegriffen. Die Hinweise betreffen im Übrigen nicht die Darstellungen der Flächennutzungsplanänderung, sondern die konkrete Bauausführung.

und Wiederherstellung von Bodenfunktionen in der Planungspraxis zu finden.

Eine eingriffs- und funktionsbezogene Kompensation verbleibender Bodenfunktionsbeeinträchtigungen sollte durch geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenfunktionen durchgeführt werden (z.B. Entsiegelung, Renaturierung, Wiedervernässung). Dementsprechend empfehlen wir Bodenabtrag im Zuge dieser Maßnahmen zu vermeiden und Maßnahmen zu wählen, die den natürlichen Standortbedingungen entsprechen. Wir weisen in diesem Kontext auf die LBEG Veröffentlichung Erhalt und Wiederherstellung von Bodenfunktionen in der Planungspraxis hin.

Gashochdruckleitungen, Rohrfernleitungen

Durch das Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe dazu verlaufen erdverlegte Gashochdruckleitungen bzw. Rohrfernleitungen. Bei diesen Leitungen sind Schutzstreifen zu beachten, die von jeglicher Bebauung und von tiefwurzelndem Pflanzenbewuchs frei zu halten sind. Bitte beteiligen Sie den aktuellen Leitungsbetreiber direkt am Verfahren, damit ggf. erforderliche Abstimmungsmaßnahmen (genauer Leitungsverlauf, Breite des Schutzstreifens etc.) eingeleitet werden können. Der Leitungsbetreiber kann sich ändern, ohne dass es eine gesetzliche Mitteilungspflicht gegenüber dem LBEG gibt. Wenn Ihnen aktuelle Informationen zum Betreiber bekannt sind, melden Sie diese bitte an Leitungskataster@lbeg.niedersachsen.de. Weitere Informationen erhalten Sie hier. Die beim LBEG vorliegenden Daten zu den betroffenen Leitungen entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Tabelle:

Objektname	Betreiber	Leitungstyp	Leitungsstatus
Dalumer Trocknungswerk	EGM Erdgas Münster GmbH	Gashochdruckleitung	betriebsbereit / in Betrieb
Erdgasleitung Netzverstärkung	EWE NETZ	Gashochdrucklei-	in Planung -

Die mit der vorliegenden Planung zu erwartenden Beeinträchtigungen für das Schutzgut Boden können nur zum Teil innerhalb der Plangebietsfläche ausgeglichen werden. Verbleibende Beeinträchtigungen werden durch die Zuordnung externer Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen und kompensiert. Hierdurch werden sich auch positive Auswirkungen für das Schutzgut Boden ergeben. Die nebenstehenden Empfehlungen werden jedoch zur Kenntnis genommen.

Das Plangebiet wird von mehreren Leitungen unterschiedlicher Betreiber durchquert. Die Betreiber wurden an der Planung beteiligt und die Leitungstrassen werden, soweit sie das Plangebiet betreffen, in der Planzeichnung mit ihrem jeweiligen Schutzstreifen dargestellt.

Westliches Emsland (Bundes-Lingen)	GmbH	tung	beantragt
(nicht angegeben)	EGM Erdgas Münster GmbH	Energetische oder nicht-energetische Leitung	(nicht angegeben)
(nicht angegeben)	(nicht angegeben)	Energetische oder nicht-energetische Leitung	(nicht angegeben)
Erdgastransportleitung 31 Emsmündung - Emsbüren/ Abs. Gross Fullen - Emsbüren	Gasunie Deutschland GmbH&Co. KG	Energetische oder nicht-energetische Leitung	betriebsbereit / in Betrieb
RG063000000	OGE Open Grid Europe GmbH	Gashochdruckleitung	betriebsbereit / in Betrieb
Rühlermoor-Wietmarschen	EGM Erdgas Münster GmbH	Bergbauliche Leitung / Feldleitung	betriebsbereit / in Betrieb
Rull-Dalum-Frenswegen	EGM Erdgas Münster GmbH	Bergbauliche Leitung / Feldleitung	betriebsbereit / in Betrieb

Wenn die Beteiligung der Leitungsbetreiber bereits im Rahmen früherer Planungsverfahren durchgeführt wurde und zwischenzeitlich keine Veränderung des Leitungsverlaufs erfolgte, ist die Erfordernis einer erneuten Beteiligung der genannten Unternehmen durch die verfahrensführende Behörde abzuwägen.

Altbergbau

Nachbergbau Themengebiet Grubenumrisse Altbergbau

Laut den hier vorliegenden, ausgewerteten Unterlagen liegt das genannte Verfahrensgebiet nicht im Bereich von historischem Bergbau.

Hinweise

Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Plangebiet nicht im Bereich von historischem Bergbau liegt.

Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.

Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.

Der Hinweis auf den NIBIS-Kartenserver wird zur Kenntnis genommen. Ebenfalls wird zur Kenntnis genommen, dass die Informationen zu den Baugrundverhältnissen nicht eine geotechnische Erkundung oder Untersuchung des Baugrundes ersetzen und weitere Hinweise oder Anregungen nicht vorgebracht werden.

Landwirtschaftskammer Niedersachsen, mit Schreiben vom 13.10.2023

Unter Beteiligung des Forstamtes Weser-Ems der Landwirtschaftskammer Niedersachsen in Osnabrück nehmen wir zu der o. a. Planung aus landwirtschaftlicher und forstlicher Sicht erneut wie folgt Stellung:

Landwirtschaft:

Das Plangebiet der 85. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Größe von 28 ha und der zukünftigen Nutzung als „Gewerbegebiet“ liegt innerhalb von Immissionsschutzradien mehrerer landwirtschaftlicher Betriebe.

Die im Rahmen der landwirtschaftlichen Tätigkeit zeitweilig auftretenden Maschinengeräusche bzw. Geruchsbelästigungen durch die Bewirtschaftung der angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen werden akzeptiert.

Aus landwirtschaftlicher Sicht bestehen keine Bedenken, wenn das Planungsgebiet als „Gewerbe-/Industriegebiet ohne Wohnnutzung“ mit einem zulässigen Immissionswert von 25 % der Jahresstunden eingeordnet wird und dieser Immissionswert auch für mögliche Entwicklungen der landwirtschaftlichen Betriebe selbst, ggf. einhergehend mit immissionsmindernden Maßnahmen gilt. Diese Festsetzung ist in die Begründung als Hinweis mit aufzunehmen.

Für die Planung wurden die zu erwartenden Geruchsimmissionen unter Berücksichtigung des derzeit ebenfalls in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 136 gutachterlich ermittelt. Danach wird der für ein Gewerbe-/Industriegebiet ohne Wohnnutzungen in der TA Luft 2021 genannte zulässige Immissionswert von 0,25 im gesamten Plangebiet eingehalten. In der Begründung ist ausgeführt, dass schutzwürdige Wohnnutzungen (Betriebswohnungen) im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung im Plangebiet ausgeschlossen werden sollen. Damit kann den Vorgaben der TA Luft entsprochen werden.

Die Ermittlungen der zu erwartenden Geruchsimmissionen wurden zudem nochmals mit Datum vom 23.10.2023 aktualisiert. Da im Bebauungsplan Nr. 136 für erforderliche Immissionsschutzanlagen (Schornsteine) der geplanten Biomethanganlage größere Höhen umgesetzt werden sollen, sind im vorliegenden Plangebiet geringere Auswirkungen durch Geruchsimmissionen und sonstige Luftschadstoffe als bislang angenommen zu erwarten. Nach den neueren Berechnungen reduziert sich die Zusatzbelastung der durch die geplante Biomethanganlage hervorgerufenen Geruchsimmissionen im gesamten Plangebietes auf max. 1 % und hält damit das Irrelevanzkriterium (max. 2 % der Jahresstunden) nach Anhang 7

Forstwirtschaft:

Gegen das oben genannte Vorhaben bestehen von Seiten des Forstamtes Weser-Ems keine Bedenken.
Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

der TA Luft ein. Im westlichen Bereich des Plangebietes ist damit eine Gesamtgeruchsbelastung von (8+1=) 9 % und im östlichen Bereich von (20+1=) 21 % zu erwarten. Dies wird entsprechend in der Begründung ergänzt. In den nachfolgenden Bebauungsplan kann ein Hinweis aufgenommen werden, dass im Plangebiet Immissionswerte von 0,21 erreicht werden, damit jedoch der Wert für Gewerbe-/Industriegebiet ohne Wohnnutzungen nach der TA Luft 2021 eingehalten wird.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass seitens des Forstamtes Weser-Ems keine Bedenken bestehen.

Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, mit Schreiben vom 13.10.2023

Die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von der DB AG und ihrer Konzernunternehmen bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme der Träger öffentlicher Belange zum o. g. Verfahren.

Zur Aufstellung der 85. Änderung des Flächennutzungsplanes "Erweiterung Gewerbegebiet Dalum" haben wir bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB Stellung genommen.

Die in unserer Gesamtstellungnahme vom 22.03.2022 mit dem Aktenzeichen TÖB-NI-22-1 2741 3 mitgeteilten Hinweise / Anregungen der DB Energie GmbH behalten weiterhin ihre Gültigkeit und sind zu beachten / einzuhalten.

Gemäß Abschnitt 3.3.4 *Leitungstrassen und Erdölbohrstellen* der Begründung sind in der verbindlichen Bauleitplanung entsprechende Hinweise aufzunehmen.

In der Stellungnahme vom 22.03.2022 wurde bereits auf die 110-kV-Bahnstromleitung der DB Energie GmbH hingewiesen. Die Leitungstrasse ist in der Planzeichnung dargestellt und Ausführungen hierzu sind in der Begründung unter Pkt. 3.3.4 enthalten.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Stellungnahme vom 25.02.2022 und die darin mitgeteilten Hinweise / Anregungen weiterhin Gültigkeit haben. Sie werden im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung bzw. der konkrete Vorhabenplanung beachtet.